



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

77. Sitzung (öffentlich)

9. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:05 Uhr bis 20:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	9
1	Feinstaubbelastung reduzieren – Kaminöfen für Gesundheit und Umwelt nachrüsten	10
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15449	
	– Anhörung von Sachverständigen (<i>s. Anlage</i>) sowie anschließende Beratung und Abstimmung	

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15449 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

2 Die Situation der Landwirtschaft in der Ukraine 30

Gast: Kees Huizinga, ukrainischer Landwirt aus den Niederlanden

sowie

Auswirkungen auf NRW

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

3 Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16256

Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/16699

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/16699 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Runderneuerte Reifen – NRWs Beitrag zur Kreislaufwirtschaft stärken! 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/10627

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 17/10627 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

- 8 Explosions- und Brandereignis in der Sondermüllverbrennungsanlage (SMVA) der Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen-Bürrig und Informationen zu aktuellen Ereignissen in den rheinischen Chemie-parks** (Bericht beantragt von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6484

in Verbindung mit:

Erneute Explosion im Chempark Leverkusen – was sind die Hintergründe?

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6519

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 9 Berichterstattung über erhöhte PFAS-Werte im Chempark Leverkusen – was ist dran?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP) **70**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6518

- Wortbeiträge

- 10 Landwirtschaft schützen, Bodenpreise dämpfen, Bodenspekulation beenden – NRW braucht ein wirksames Agrarstrukturgesetz!** **76**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14937

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/14937 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

- 11 Veräußerung einer landeseigenen Waldfläche an den Freizeitpark Phantasialand in Brühl** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **79**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6282
- 12 Erfolgte eine behördliche Bevorzugung der Firma Tönnies?** (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6493
- 13 NRW geht beim Tierwohl voran – Aktueller Stand der Nutztierhaltungsstrategie sowie zum Stall der Zukunft** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6509
- 14 Starke Regionalvermarktung – Ökomodellregionen schaffen neue Strukturen** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6501
- 15 Wie sieht die Umsetzung des Gifftiergesetzes in der Praxis aus?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6502
- 16 Umsetzung der Pflanzenschutzmittelanwendungsverordnung – Wann erhalten die betroffenen Landwirte den Erschwernisausgleich vom Bund?** (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6503

17 Neustart für LEADER – Die Landesregierung schaut auf eine erfolgreiche Förderperiode zurück (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6506

18 Energie aus Wildpflanzen – Wie schreitet die Förderung voran? (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6504

19 Geruchsbelästigung durch die Glasrecyclinganlage von PreZero (Bericht beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6510

20 Aktueller Sachstand Rote Gebiete in NRW – Ausweisung nitratbelasteter Gebiete nach § 13a DüngeVO (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6508

21 Wachsende Waldbrandgefahr in NRW ernst nehmen – Waldbrandprävention und -bekämpfung weiter effektiv verbessern (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6516

22 Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU in NRW (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6507

**23 Versprochen, vergessen, fallengelassen – Schwarz-Gelbe Bilanz im
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**
(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6517

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt TOP 11 bis 23 zur Kenntnis.

24 Verschiedenes

82

* * *

3 Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechts

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16256

Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/16699

(Überweisung des Antrages am 26. Januar 2022)

René Schneider (SPD) führt aus, das Gesetz zur Modernisierung des Landwirtschaftskammerrechtes sei relativ spät eingebracht worden. Seine Fraktion habe gesagt, das schiebe man durch, da sei man dabei. Bis gestern Mittag hätte seine Fraktion auch gesagt, dem könne man auch so zustimmen, tue man eigentlich im Kern immer noch. Seine Fraktion habe aber extreme Bauchschmerzen bei dem Änderungsantrag, der am Vorabend erst zugegangen sei. Der Änderungsantrag sei leider nicht Gegenstand des Obleutegespräches gewesen. Die Herleitung hätten er und Frau Winkelmann schon geklärt.

Selbst wenn man gestern um 16:00 Uhr noch darüber gesprochen hätte, blieben bei ihm sehr viele Fragezeichen. Er frage, wo das jetzt herkomme, ob es wirklich so eilbedürftig sei. Der richtige Weg sei es sowieso nicht. Wenn man fünf Jahre in der Regierung sei und man wisse, dass die Praxis Ende 2021 ausgelaufen sei, dann müsse man das nicht einen Tag vor der Ausschusssitzung so einbringen.

Des Weiteren gehe es hier um weitere Gesetze. Da sei es aus Sicht seiner Fraktion zwingend erforderlich, eine Anhörung durchzuführen. Wenn er diese jetzt beantrage, tue er das auch in dem Wissen, dass das zeitlich nicht mehr funktioniere. Im anderen Fall würde man sich ein Stück weit verleugnen. Nach den Schilderungen, die er gerade gehört habe, sei so etwas angeblich bedeutungslos. Wenn man in die Wirklichkeit zurückkomme, dann sei das dann doch nicht. Es lohne sich der Blick darauf. Es werde z. B. nicht erklärt, warum der Verwaltungsrat notwendig sei. Dazu gebe es in der Begründung nichts, auch dazu, wie er ausgestaltet sein solle. Kurzum, die Welt gehe nicht unter, wenn man das in aller Ruhe in der kommenden Wahlperiode berate.

Seine Fraktion sei dabei, wenn es um die Drucksache 17/16256 gehe. Dem Änderungsantrag könne seine Fraktion nicht zustimmen. Auch wenn es mit den Fristen nicht mehr klappen werde – es gebe vier Wochen Ladungsfrist –, bitte er, eine Anhörung anzuberaumen.

Bianca Winkelmann (CDU) merkt an, in der Obleuterunde sei darüber gesprochen worden. Ihre Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass es wichtig sei, dass die Änderungen im Landesforstgesetz zügig durchgezogen würden. Es gebe Menschen, die Förderungsanträge stellen würden. Das dürfe man nicht gefährden, man könne die Waldbauern da doch nicht hängen lassen. Das sei das, was jetzt noch umgesetzt

werden könne. Sie wolle im Detail nicht mehr darauf eingehen. Herr Schneider habe gesagt, er habe ein Problem damit.

Sie mache einen Vorschlag, wie man es vielleicht auch mit einer Anhörung über die Bühne bekommen könnte. Sie schlage vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, ein Sachverständiger pro Fraktion. Dann könnte die Auswertung und abschließende Beratung in einer zusätzlichen Sitzung in der 13. Kalenderwoche erfolgen. Die Frist für die Stellungnahme wäre der 25. März, dann könne man in einer Sondersitzung darüber beraten. Dann könne man es auch in der zweiten Lesung im April-Plenum über die Bühne bekommen. Dann habe die SPD genügend Zeit, über das Thema nachzudenken, zu beraten. Man hätte eine schriftliche Anhörung und hätte Experten, die ihre Stellungnahme dazu auch abgäben. Trotzdem würde man es noch vor Ende der Legislaturperiode verabschieden.

René Schneider (SPD) erwidert, Frau Winkelmann tue so, als ob keine Anträge gestellt werden könnten. Er frage, ob ohne diesen Änderungsantrag eine Antragstellung nicht mehr möglich sei.

AL'in Claudia Bönnighausen (MULNV) antwortet, eine Antragstellung sei möglich. Sie unterliege aber einer gewissen Rechtsunsicherheit, weil im Moment das Entgeltverzeichnis, aufgrund dessen direkte Förderung erteilt werde, nicht im Landesforstgesetz stehe. Da stehe die Entgeltordnung, die vorher subventionierte indirekte Förderung bemessen habe. Das sei ein Instrument der Rechtssicherheit für die Antragstellung. Jeder Antragsteller wolle sicher sein, dass er hinterher nicht irgendetwas zurückzahlen müsse. Deswegen sei es notwendig. Es ändere nichts an der Umstellung von der indirekten auf die direkte Förderung. Der Prozess sei häufiger in Berichten im Ausschuss vorgetragen worden. Insofern sei das nichts Inhaltliches, sondern eine Rechtssicherheit, damit die Anpassung im Landesforstrecht stimme.

René Schneider (SPD) fragt nach, ob alle Bescheide, die im Moment erteilt würden, rechtsunsicher seien.

AL'in Claudia Bönnighausen (MUNLV) entgegnet, es gebe ja Kläger und Beklagte. Jemand müsse sich darüber aufregen. Es gebe eine gewisse Rechtsunsicherheit, sie könne nicht sagen, bis zu welchem Grad diese Rechtsunsicherheit gehe. Es sei ein Entgeltverzeichnis. Im Gesetz stehe eine Entgeltverordnung, die auch anders sei. Ihr liege daran, dass alles ordentlich sei und passe.

Stephan Haupt (FDP) hält fest, es gehe nicht darum, dass Schwarz-Gelb irgendetwas noch vor Ende der Legislatur durchdrücken wolle. Man wolle damit denjenigen, die einen Förderantrag stellten, einfach Rechtssicherheit einräumen. Es sei eine relativ formale Sache. Die sei sehr unpolitisch und diene demjenigen, der einen Förderantrag stelle. Wenn man etwas hätte verheimlichen wollen, was da unterstellt werde, dann hätte man das isoliert eingebracht. Dann wären das Forstgesetz und die Änderungen erst gar nicht beraten worden. Alleine an diesem Verfahren sehe man – im Moment

werde hinter jedem Busch ein Indianer vermutet, da sitze kein Indianer –, alle wollten dasselbe, es gehe um Rechtssicherheit.

Frau Winkelmann habe einen guten Weg gezeigt, wodurch man Zeit habe, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Der Ausschuss könne auch noch eine schriftliche Anhörung einschieben, um auch Experten anzuhören – und das bei einer so formalen Sache, die letztendlich nur demjenigen diene, der einen Antrag stelle, nämlich den Forstleuten. Nun gehe man auf die Wahl zu. Nichtsdestotrotz gehe es letztlich um die Bürgerinnen und Bürger.

Norwich Rüße (GRÜNE) legt dar, es sei spannend, in den letzten Sitzungen sei es immer wieder sein Standardsatz gewesen, zu sagen, wenn Rot-Grün das gemacht hätte, dann wäre Herr Deppe um die Ecke gekommen und hätte richtig die Meinung gezeigt.

Wenn der Vorschlag von Frau Winkelmann so sei, dass man in der Tat noch einmal Zeit habe, sich das anzugucken, dann könne man das machen. Handwerklich stümperhaft finde er es schon. Natürlich sei es jetzt dem Wahltermin geschuldet, dass man jetzt noch einmal versuche, die Dinge abzuarbeiten – geschenkt. Wenn es anderen einmal genauso gehe, dann sei er gespannt, wie sich CDU und FDP dann verhielten.

René Schneider (SPD) betont, es gehe gar nicht darum, dass er irgendwelche Indianer suche. Er meine, der Gesetzentwurf sei schlampig gemacht. Man sei seit drei Jahren dran. Dann falle im allerletzten Moment auf, da müsste man noch etwas regeln. Er habe immer noch nicht herausgehört, ob es jetzt rechtlich eindeutig sei oder nicht. Man könne jetzt nicht einfach sagen, wenn kein Kläger, dann kein Richter. Aber demnächst, wenn man es nicht regele, dann könne ja jemand kommen.

Er stelle fest, im Moment sei es kibbelig. Das werde versucht zu kitten. Das hätte schon vor einigen Monaten gekittet werden können mit einem ordentlichen Verfahren. Jetzt sei es aufgefallen. Damit es schnell gehe, sei es den Koalitionsfraktionen rübergeschoben worden. Die hätten den Änderungsantrag eingebracht, man mache es über Nacht. Wenn man diese Klärung herbeigeführt habe, dann sollte man darauf pfeifen. Gerade die Oppositionsfraktionen hätten eine Allergie vor solchen Vorgehensweisen. Das sei nicht schön. Seine Fraktion enthalte sich bei der Abstimmung.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/16699 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16256 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

